

## 1. Mai - Kampftag! Tag der Solidarität!

„Hoch die internationale Solidarität“, so wird es auch bei diesem 1. Mai wieder erschallen, bei Veranstaltungen und Demonstrationen. So weit, so klar! Aber dann wird es schon schwieriger! Der Begriff Solidarität wird hemmungslos missbraucht, im Kampf um die Köpfe. Also in dem Kampf, der zuerst entschieden werden muss, wenn soziale und politische Kämpfe im Betrieb und auf der Straße, in der gesamten Gesellschaft, erfolgreich sein sollen. Ohne klare und richtige Orientierung gibt es keine, dauerhaft erfolgreiche Massenbewegung. Wer z.B. glaubt, die Politik von Kapital und Kabinett führe aus der Krise, wird sich nicht gegen diese Politik wehren. Solidarität mit wem und für was? Die angebotenen Antworten sind so vielfältig wie die Interessenlagen.

- Solidarität mit der Bundesregierung, die ihre Machtposition (national und in der EG) nützt, den Großbanken hunderte von Milliarden in den Rachen zu werfen und dafür Opfer verlangt? Opfer von der Bevölkerung in Deutschland, aber auch von Griechen, Iren, Portugiesen usw.
- Solidarität mit der NATO, die gerade für ihre Öl-Interessen „das libysche Volk vor Gaddafi schützt“?
- Solidarität mit Japan? Mit Tepco? Mit der Regierung die gerade die Verluste der Atommafia vergesellschaftet, aber für die Opfer das Nötigste nicht aufbringt?
- Solidarität mit Merkel, die wohl auch deshalb „schnell und mutig“ AKWs stilllegen ließ, um die deutsche Atommafia erst mal vor dem Volkszorn zu retten und einen Vorwand zu haben diese dafür auch noch finanziell (per Gerichtsurteil) entschädigen zu lassen?
- Solidarität mit denen, deren Aufschwung ein Aufschwung der prekären Arbeit ist?
- Solidarität gar mit Sarrazynikern und Nazis jeder Couleur, im Kampf gegen Ausländer und „Islamisten“?
- Oder Solidarität mit Funktionären, die Burgfrieden mit dem „eigenen“ Kapital schließen? Die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auf unsere Fahnen schreiben wollen. Also Lohn und Sozialdumping, Abwälzung der Krise auf andere Länder. Und die sich wundern, wenn wir dann permanent zur Kasse gebeten werden, weil die Krise von dort zwangsläufig zurückkommt?
- Solidarität mit Theoretikern, die der Bewegung die Orientierung nehmen, indem sie nicht den Imperialismus mit seinen aggressiven Gesetzmäßigkeiten angreifen, sondern von „entfesseltem Raubtierkapitalismus“ sprechen, sich (wie Berthold Huber in seinem neuen Buch) einen „grünen, sozialer ausgestatteten Kapitalismus“ herbeiwünschen. Die also die Illusion verbreiten, es könne einen Kapitalismus geben, der nicht stets auf's Neue seine unzügelbare raubtierhafte Gier entfaltet.
- Solidarität mit SPD und Grünen, den „Erfindern“ von Hartz IV und des „humanitären Kriegs“ (z.B. 1999 in Jugoslawien)?

Die Beispiele ließen sich endlos fortsetzen!

Trotz Regierungskrise, die Koalition von Kapital und Kabinett macht weiter, aggressiv nach außen und innen. Die nimmersatten Banken machen weiter. Die Atom-Mafia will weiter machen, noch jahrzehntelang.

Weiter geht es mit

- den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Hartz IV – und gesetzlich verordneter Armut
- der Prekarisierung der Arbeit
- dem Demokratieabbau (jetzt wollen sogar DGB, BDA und Regierung gemeinsam das Tarifrecht ändern, das Streikrecht beschneiden)
- dem Ausbluten der Sozialversicherungen
- dem Bildungsnotstand
- wachsender Angst und Unsicherheit

Und, und, und!



DGB-Demo am 16. Mai 2009 in Berlin

Wenn das Unrecht so dicht fällt wie der Regen, wenn die Angriffe allseitig werden, wächst der Widerstand nicht zwangsläufig. Täglich nach allen Seiten kämpfen geht nicht auf Dauer!

**Unser Widerstand muss grundsätzlich werden, an die Wurzeln gehen. Wer die Ursachen nicht angreift, kann die Wirkungen nicht abwehren.**

Deshalb: **Schluss mit Dumping und Verzicht – Wir zahlen Eure Krise nicht.**

Heraus zum 1. Mai, dem Kampftag, dem Tag der Solidarität

- Stoppt die asoziale Mafia von Regierung, Banken und Konzernen.
- Stoppt die Kriegstreiber in Libyen, Afghanistan und weltweit.
- Hoch die internationale Solidarität.

Manfred Jansen, Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinker

# Bescheidene Tarifabschlüsse – Irrweg in der Gewerkschaftspolitik

Seit Jahren sinken in Deutschland Reallöhne und Binnenkaufkraft. Der Trend geht zur Verarmung auch derer, die Arbeit haben. Mit Lohn- und Sozialdumping wird momentan die Krise auf andere Länder abgewälzt. Aber sie wird zwangsläufig zurückkommen, weil gerade durch dieses Dumping die Massenkaufkraft auch in anderen Ländern herabgedrückt wird - die Kaufkraft, auf die angewiesen ist, wer exportieren will. Die Katze beißt sich in den Schwanz.

## Wo kommen wir her – wo gehen wir hin?

Nachdem schon im Jahr 2009 die Tarifabschlüsse noch niedriger ausfielen als in den bereits bescheidenen Jahren zuvor, sind die Tarifsteigerungen der Abschlüsse des Jahres 2010 unter dem Druck der anhaltenden Krise noch einmal kräftig zurückgegangen. Zweifelsohne muss von einer sehr gedämpften Lohnentwicklung (im Schnitt 1,8 %) gesprochen werden. In einer ganzen Reihe von Branchen wurden für 2010 überwiegend Pauschalzahlungen vereinbart, die nicht zu dauerhaft tabellenwirksamen Tarifierhebungen führten.

Dabei waren die **Rahmenbedingungen** für Tarifaufeinandersetzungen gar nicht mal so schlecht, da in vielen Branchen die Auftragsbücher gut gefüllt waren. Dies ist auch 2011 der Fall. Doch auch die Abschlüsse in diesem Jahr waren bis jetzt eher bescheiden, obwohl die Forderungen zwischen 5 und 7 % im Schnitt relativ hoch lagen.

## Lange Laufzeiten, Nullmonate und Einmalzahlungen drücken Ergebnisse

In vielen Branchen wurden Nullmonate, Einmalzahlungen für die ersten Monate der Laufzeit und/oder längere Laufzeiten vereinbart. Alle diese Komponenten drücken meist die Erhöhungen auf das Jahr gesehen ziemlich nach unten. Einmalzahlungen gehen nicht in die Entgelttabellen ein, lange Laufzeiten drücken den Prozentbetrag auf das Jahr gesehen nach unten. Bei **VW** z.B. beziehen sich die 3,2 % auf 16 Monate, was den Schnitt aufs Jahr bezogen auf 2,4 % senkt. Die 4,1% für die 550.000 **Chemiebeschäftigten** sehen auf den ersten Blick nicht schlecht aus, rechnet man aber den Nullmonat und die 15 Monate Laufzeit mit ein, bleiben auch nur 3 % übrig.

## Kleiner Schritt vor bei Angleichung Ost an West

Im **Bauhauptgewerbe** wurde eine Schlichtung durchgeführt. Hauptgrund, warum es zur Schlichtung kam, war die Forderung nach Angleichung der Ostlöhne an den Westen. Positiv ist hier, dass für den Osten höhere Prozente durchgesetzt wurden und damit die Angleichung der Entgelte weiterging, allerdings mit ein- bzw. zweimonatiger Verschiebung. Die Entgelte liegen aber immer noch weit auseinander. Im Westen steigt die Entlohnung ab 1. Mai 2011 um 3 %, im Osten zum 1. Juni 2011 um 3,4 %. Zum 1. Juni 2012 sollen die Einkommen noch einmal um 2,3 Prozent steigen, im Osten ab August 2012 um 2,9 %. Auch bei den Mindestlöhnen sind Erhöhungen vereinbart worden. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten. Die Forderung für die rund 700.000 Baubeschäftigten war 5,9 % mehr Lohn.

## Abhängigkeit von wirtschaftlicher Lage dividiert auseinander

Der Abschluss in der **Bekleidungsindustrie** ist ein Negativbeispiel für das Auseinanderdividieren der Belegschaften und für stärkere Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage der Betriebe. In der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie erhalten die Beschäftigten nach 2 Nullmonaten 250 € Pauschale für Mai bis September, ab 1. Oktober steigen die Einkommen um 3,6 %. Auf betrieblicher Ebene kann die Pauschale gekürzt bzw. die prozentuale Erhöhung um bis zu 1,5 Prozentpunkte bis 30. April 2012 abgesenkt werden. Bei guter wirtschaftlicher Lage kann die Pauschalzahlung um bis zu 100 % erhöht bzw. die prozentuale Erhöhung um bis zu 7 Monate vorgezogen werden.

Damit sind der Auslegungswillkür Tür und Tor geöffnet! Darüber hinaus wird das „unternehmerische Risiko“ auf die Belegschaften abgewälzt. Die Laufzeit beträgt 20 Monate.

## GDL: Einheitlicher Tarifvertrag und qualitative Verbesserungen

Nach 9monatigen Verhandlungen und mehreren Streiks konnte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) einen Bundesrahmen-Lokomotivführertarifvertrag (BuRa-LfTV) und den dazugehörigen Haustarifvertrag LfTV für die 20.000 DB-Lokomotivführer abschließen. Damit sind jetzt rund 83 % aller Lokomotivführer mit einem einheitlichen Rahmenvertrag erfasst – ein Meilenstein auf dem Weg zu einem einheitlichen Tarifniveau.

Das Tarifpaket für die Deutsche Bahn AG beinhaltet 2 % mehr Tabellenlohn, Zulagen für Sonn- und Feiertage sowie Nachtarbeit und Fahrentschädigung, zusätzlich ein Weihnachtsgeld in Höhe eines halben Monatslohnes bei einer Arbeitszeit von 39 Stunden pro Woche. Dazu kommen laut GDL weitere Zulagen, eine unternehmensfinanzierte betriebliche Altersversorgung sowie Kündigungsschutz und finanzielle Absicherung bei gesundheitsbedingtem Verlust der Lokführerlizenz. Vereinbarungen gab es ferner zu Qualifizierungsstandards und zur sozialen Absicherung bei Betreiberwechseln. Verbesserungen gab es auch bei Zeitzuschlägen für Nachtarbeit und dem Anspruch auf Wochenendruhezeiten. Die Laufzeit des Rahmentarifvertrags beginnt rückwirkend zum 1. Januar 2011. Die Einkommens-tabelle läuft zum 30. Juni 2012 aus.

Die Lohnsteigerung ist mit 2 % zwar nicht sehr hoch, aber es wurden sehr viele qualitative Verbesserungen erzielt sowie vieles vereinheitlicht und ist deshalb ein recht gutes Ergebnis.

## Handel – nächste große Tarifrunde

Im Handel sind erste Verhandlungen und Warnstreiks angelaufen. In einigen Bundesländern werden Mindestbeträge von 120 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten gefordert. Diese Forderung stärkt die unteren und mittleren Entgeltgruppen. Die Beschäftigten zeigen eine hohe Streikbereitschaft. Würde in dieser Branche ein Abschluss nahe an der Forderung erkämpft werden, könnte dies weiteren Tarifrunden ein Vorbild sein und die Trendwende hin zu kräftigeren Erhöhungen einläuten.

## Eine tarifpolitische Trendwende ist nötig!

Die Commerzbank prophezeit, dass der Anstieg der Tariflöhne in diesem Jahr unter zwei Prozent verharren wird. Das würde nicht einmal den Preisanstieg ausgleichen.

Gesamtgesellschaftlich wird die negative tarifpolitische Einkommensbilanz noch dramatisch verstärkt durch die Veränderung der Beschäftigungsstruktur. Bereits jetzt sind mehr als 1/3 aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland ungesichert (z.B. Leiharbeit, Befristet) und deshalb oft krass unterbezahlt. Kaum noch werden reguläre Arbeitsplätze angeboten.

Der Weg, den einige Gewerkschaften eingeschlagen haben - diese Mischung von Zurückweichen vor dem Druck der Unternehmer und „Burgfrieden“ mit denselben - dieser Weg muss dringend korrigiert werden.

*Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften*

# DGB-BDA-Initiative zum Streikrecht unter Druck

Der Widerstand in den Gewerkschaften gegen die DGB-BDA-Initiative, das Streikrecht durch ein Gesetz einzugrenzen, wächst beständig, nicht nur von den betroffenen Spartengewerkschaften, sondern auch aus den DGB-Gewerkschaften selbst und aus der Wissenschaft. DGB-Chef Sommer kommt immer stärker in Bedrängnis. Selbst bürgerliche Medien bemerken den gewerkschaftlichen Gegenwind, der dieser Initiative entgegen wächst.

So stand am 8. April 2011 in der Stuttgarter Zeitung unter der Überschrift : „Hundt bangt um den DGB-Chef als Mitstreiter. Arbeitgeber - Im Kampf für die Tarifeinheit macht der BDA-Chef Druck.“ von dem Autor Matthias Schiermeyer zu lesen: „Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt ist wütend. Grund: Der Bundesregierung fehle der Mut, das Prinzip „Ein Betrieb - ein Tarifvertrag“ gesetzlich zu regeln. (...) Hundt mahnt zur Eile: Einerseits sieht er seit dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom Juni 2010 immer neue Spezialistenorganisationen aufkommen. Andererseits machten sich „linke Kräfte“ im Gewerkschaftsbund zunehmend gegen die Tarifeinheit stark und „stellen die bisherige Position des DGB in Frage“. DGB-Chef Michael Sommer habe ihm jüngst gesagt, dass er seine Position bald nicht mehr halten könne, so Hundt zur StZ. Sommer schlägt ein immer größerer Widerstand entgegen, weil etliche Gewerkschafter in der gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit einen Eingriff in das Streikrecht sehen...“

## Pressemitteilung

### Initiative „Hände weg vom Streikrecht“ in Kassel gegründet

Am 12.3.2011 hat sich in Kassel die Initiative „Hände weg vom Streikrecht- für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ gegründet. Anlass sind die gemeinsamen Bestrebungen des DGB und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), das Streikrecht durch ein Gesetz einzugrenzen. Künftig soll nur noch die mitgliederstärkste Gewerkschaft in einem Betrieb das Recht haben, Tarifverträge abzuschließen und dafür zu streiken.

Die TeilnehmerInnen des Treffens in Kassel setzten sich aus Mitgliedern verschiedener DGB-Gewerkschaften, dem Komitee für gewerkschaftliche Freiheit sowie der GDL und FAU zusammen und waren aus insgesamt 10 Städten angereist. Sie stellten klar, dass der DGB zusammen mit dem BDA eine Beschneidung des Streikrechts, des Arbeitskampfrechts und des Koalitionsrechts betreibt, die nicht zu akzeptieren ist. Die Initiative von DGB/BDA richte sich weniger gegen die unternehmerabhängige AUB oder so genannte Christliche Gewerkschaften, die bisher keinerlei Arbeitskämpfe geführt haben, sondern konkret gegen die Sparten-gewerkschaften GDL, Marburger Bund, UFO und Vereinigung Cockpit sowie andere, insbesondere kämpferische Gewerkschaften.

Innerhalb des DGB, wie zum Beispiel bei ver.di und der EVG, regt sich bereits erheblicher Widerstand gegen dieses Vorhaben. Auch zahlreiche ArbeitsrechtlerInnen sprachen sich frühzeitig gegen den Angriff auf Koalitions- und Streikrecht aus. Bisher ist es dennoch nicht gelungen, den DGB von seinem verheerenden Kurs abzubringen.

Um diesen Widerstand zu stärken, plant die Initiative im September 2011 eine bundesweite Tagung (siehe Seite 4). Bereits im Vorfeld soll in verschiedenen Städten, so zum Beispiel bei der zentralen 1. Mai Kundgebung des DGB in Kassel in das Geschehen eingegriffen werden.

#### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)

Redaktionsschluss: 20. April 2011



Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt Anfang April 2011 gegen die Einschränkung des Grundrechts der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts.

**Anträge von gewerkschaftlichen Gliederungen gegen die Initiative finden sich sehr zahlreich im Labournet. Hier Auszüge aus 2 Anträgen/Resolutionen:**

#### **Antrag der Delegiertenversammlung der IG Metall – Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg für den Gewerkschaftstag 2011 zur Frage der Tarifeinheit**

*Beschlossen auf der Delegiertenversammlung am 14. April 2011 bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimme*

#### **Der Gewerkschaftstag möge beschließen:**

Die IG Metall wirkt im DGB Bundesvorstand darauf hin, die Initiative von DGB und BDA zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes mit dem Ziel der gesetzlichen Verankerung der Tarifeinheit zu stoppen. In der IG Metall wird eine breite innergewerkschaftliche Diskussion über die Auswirkungen der veränderten BAG-Rechtsprechung zur Tarifeinheit und die sich daraus ergebenden Aufgaben gewerkschaftlichen Handelns geführt.

#### **Resolution der Delegiertenversammlung der Vwst. Stuttgart an den IG Metall-Vorstand DGB/BDA-Initiative zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes stoppen!**

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Vwst. Stuttgart lehnt jede Einschränkung des Streikrechts ab und spricht sich daher gegen eine Unterstützung der gemeinsamen Initiative von BDA und DGB für eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit bzw. des Tarifvertragsgesetzes aus. Wir fordern den IG Metall-Vorstand auf, beim DGB Bundesvorstand darauf hinzuwirken, dass die Initiative von DGB und BDA zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes gestoppt wird.

## »Wir sammeln Filme aus der Perspektive des Widerstands«

### Labournet.tv dokumentiert historisches und aktuelles Material zu Arbeitskämpfen weltweit

Seit Februar 2011 präsentiert labournet.tv Filme im Internet. Es ist ein lebendiges audiovisuelles Archiv der ArbeiterInnenbewegung. Es versteht sich als Teil einer Bewegung, die an einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert ist. Mit den Mitteln des Internets soll der Erfahrungsaustausch, Lernen aus den Kämpfen der Vergangenheit und Solidarität gefördert werden. Dafür wird aktuelles und historisches Filmmaterial aus allen Teilen der Welt zusammengetragen. Im Zentrum steht die Situation der LohnarbeiterInnen, ihre (Selbst-)Organisierung, Arbeitskämpfe und Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Alternativmodelle. Zu aktuellen Anlässen produziert labournet.tv auch eigene Beiträge, um Auseinandersetzungen und die Perspektive der Lohnabhängigen darauf sichtbar zu machen. Die Seite startete mit einem Umfang von ca. 250 Filmen und wird kontinuierlich erweitert. Die Filme werden nach den Kategorien „Branchen“, „Länder“, „Kampffelder“ und „Umwälzung“ sortiert. Die meisten der verzeichneten Filme können in voller Länge auf der Seite angeschaut werden und sind mindestens deutsch untertitelt.

Labournet-tv ist ein Projekt vom Internetfernsehen »Kanal B« und wird von der privaten Stiftung Menschenwürde und Kommunikation in der Arbeitswelt gefördert.

Aktuelle Filme gibt es z.B. über die große Demonstration am 26. März in London oder die Besetzung des Parlaments in Wisconsin/USA im Februar dieses Jahres.

## Vorankündigung "WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!"



### Kongress am 9./10. Juli 2011 in Stuttgart, DGB-Haus

„Dauerhafter Aufschwung oder weitere Etappe in der Krise?“ Sozialproteste müssen weiter gehen, aber wie? Wie stellen sich die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften für die nächsten Jahre auf?

## Aufstand gegen Sparpaket: London erlebt größte Demonstration seit Jahren

Seit den Antikriegsdemonstrationen 2003 hat London eine solche Mobilisierung nicht mehr gesehen. Und es war die größte gewerkschaftliche Organisierung seit über 20 Jahren. Über 400.000 Menschen beteiligten sich am Protestmarsch gegen den Sozialabbau der konservativ-liberaldemokratischen Koalitionsregierung und gegen den Jobabbau.

Allein bei den Gemeinden sollen 170.000 Arbeitsplätze gestrichen werden, im nationalen Gesundheitsdienst rund 50.000. Fast 1000 Busse und 21 Sonderzüge hatten Menschen aus ganz Großbritannien zur Großdemonstration in die Hauptstadt gebracht. Auf dem von dem britischen Gewerkschaftsbund TUC organisierten Protestmarsch war jede Gewerkschaft mit großen Blöcken vertreten. **Kein Wenn, kein Aber, keine Kürzungen im öffentlichen Sektor** – das ist der immer wiederkehrende Sprechchor, der die Bewegung vereint.

Die Forderung nach koordinierten Streiks war deutlich zu hören, auch auf einer Kundgebung des National Shop Stewards Network, die am Nachmittag am Speakers Corner im Hyde Park stattfand. Hier schufen sich die linken Gewerkschaften die Plattform, die der TUC ihnen teilweise verweigert hatte.

### Ein Film dazu gibt es unter:

[www.labournet.tv](http://www.labournet.tv) => Länder => England

### Weitere Infos gibt es unter:

[www.labournet.de](http://www.labournet.de) => Internationales => Großbritannien



Protestmarsch von 400.000 Menschen Ende März in London

## Hände weg vom Streikrecht! Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit

### Vorankündigung

Die am 12. März in Kassel gegründete bundesweite Initiative „Hände weg vom Streikrecht“ lädt zu einer **Tagung am 10 September 2011 in Kassel** ein.

Ohne demokratische Legitimierung taten sich Gewerkschaftsfunktionäre des DGB zusammen, um das Streikrecht einzuschränken. Die gemeinsame Initiative von DGB und BDA zielt auf die Beschneidung demokratischer Grundrechte aller ArbeitnehmerInnen.

### Wer mit dem Feuer spielt, kann sich auch selbst verbrennen!

**Deshalb protestieren wir gegen die DGB/BDA-Initiative zur Einschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts!**

Die Aufgabe der Tagung wird sein, dazu beizutragen, dass der bisher noch nicht ausreichende und zersplitterte innergewerkschaftliche Widerstand mit dem Ziel ausgeweitet wird, den DGB von seinem Vorhaben abzubringen.

Mailt euren Protest zum DGB – macht Werbung für unsere Initiative – kommt zur Tagung.



### Bundesweites

### Aktionscamp in Stuttgart

Vom **20. bis zum 24. Mai 2011** schlagen wir unser Camp in Stuttgart auf und manifestieren den Auftrag an die neue Landesregierung von Baden-Württemberg. Wir werden Ideen entwickeln und kreative Aktionen planen, mit denen der Bau von Stuttgart 21 gestoppt werden kann. Wir wollen mit Aktions-trainings, Workshops, Musik und Kleinkunst den Widerstand gegen Stuttgart 21 stärken und bundesweit vernetzen.